

Einführung

Vom 5. bis 6. Mai 2022 fand im Museumsquartier Osnabrück eine öffentliche wissenschaftliche Tagung statt, die dem Politiker, Juristen, Publizisten und Historiker Johann Carl Bertram Stüve gewidmet war. Das Niedersächsische Landesarchiv, das Museumsquartier als Einrichtung der Stadt Osnabrück und der dortige Verein für Geschichte und Landeskunde nahmen dabei das Gedenken an die Wiederkehr von Stüves 150. Geburtstag am 16. Februar 1872 zum Anlass, den einstigen Osnabrücker Bürgermeister und kurzzeitigen hannoverschen Innenminister der bewegten Zeit zwischen 1848 und 1850 und sein politisches Wirken zu würdigen. Zugleich sollten Perspektiven für einen neuen Zugang zu seiner Persönlichkeit gewonnen werden, die sich aus den jüngst entstandenen, wesentlich erweiterten Forschungsmöglichkeiten ergeben, nachdem die Übernahme sämtlicher Nachlasspapiere der Familie Stüve in die Abteilung Osnabrück des Niedersächsischen Landesarchivs zum Abschluss gekommen ist. Die damit einhergehende archivische Tiefenerschließung dieser Quellen sowie der neu geschaffene Online-Zugang zu der nach DFG-Standards erfolgten Digitalisierung des Archivs der Familie Stüve bilden eine erheblich erweiterte Forschungsgrundlage, die der Stüve-Forschung neue Impulse geben kann.

Als Wegbereiter der innenpolitischen hannoverschen Reformen in den frühen 1830er-Jahren und Anführer des mehr als ein Jahrzehnt dauernden Widerstandes im Königreich Hannover gegen eine autokratische Herrschaft wurde Stüve als »Märzminister« für wenige Jahre zu einem innenpolitisch erfolgreichen, bundespolitisch letztlich gescheiterten Politiker. Spätestens seit Ausbruch der Revolution von 1848 entwickelte er sich immer stärker – und jetzt auch öffentlich – zum Gegner einer preußischen Vorherrschaft im Deutschen Bund. Vornehmlich diese Positionierung lieferte aus der Perspektive der preußischen Politik und in der Deutung der borussischen Geschichtsschreibung die Begründung, Stüve während der Reichseinigungsphase nach 1866 und den folgenden, ihm noch verbleibenden Lebensjahren bis 1872 zu einem Verhinderer der Reichseinigung zu stempeln – eine Einordnung, die das Urteil der Nachwelt für lange Zeit prägen sollte. Einen neuen Blick auf Stüves politisches Denken und Handeln im Lichte der zahlreichen jüngeren Forschungsergebnisse zum 19. Jahrhundert zu werfen, erschien daher den Veranstaltern als ein lohnenswertes Vorhaben.

Bereits die Vorbereitungsphase der Tagung hatte deutlich gemacht, dass das derzeit vorhandene Forschungsinteresse an einer aktuellen Auseinanderset-

zung mit Leben und Werk von Johann Carl Bertram Stüve als begrenzt eingeschätzt werden muss. Die Gründe dafür sind vielfältig, beruhen jedoch zu einem nicht geringen Maße auf der nach wie vor verbreiteten Einschätzung, man habe es bei Stüve mit einer allenfalls für die Landesgeschichte relevanten Persönlichkeit zu tun, die einem bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als anachronistisch empfundenen Partikularismus und einem kleingeistigen Regionalismus nordwestdeutscher, konkret, westfälischer Prägung verfallen gewesen sei.

Umso erfreulicher war es, dass dem Aufruf der Tagungsveranstalter dreizehn Referenten und Referentinnen folgten und sich auf das Wagnis eines Neuzugangs zu Stüve einließen. Mit den Themen ihrer Vorträge stießen sie auf ein diskussionsfreudiges, weit über die Vertreter und Vertreterinnen der historischen Wissenschaften hinausreichendes Publikum, das auch eine beachtliche Anzahl interessierter Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Stadtgesellschaft Osnabrücks umfasste. Dass alle gehaltenen Vorträge von den Referentinnen und Referenten im Anschluss an die Tagung zeitnah für die Veröffentlichung überarbeitet wurden, sei an dieser Stelle mit besonderem Dank erwähnt. An verschiedenen Stellen wurden die sich im Verlauf der Diskussionen ergebenden Perspektivvertiefungen in der vorliegenden Druckfassung mitberücksichtigt. Die Beiträge sollen im Folgenden in aller Kürze vorgestellt werden.

CHRISTINE VAN DEN HEUVEL unternimmt einleitend eine biografische Annäherung an Johann Carl Bertram Stüve, die sich skizzenhaft auf zwei inhaltliche Schwerpunkte konzentriert – die Entwicklung von Stüves Politikverständnis und die Rezeption seines Lebenswerks nach seinem Tod im Jahr 1872. Die Ausführungen zeigen, wie sehr Stüve, sozialisiert durch seine Herkunft in einem Kleinstaat des Alten Reichs, in den Jahrzehnten seiner Tätigkeit als Abgeordneter, Bürgermeister und hannoverscher Innenminister für ein Politikverständnis stand, das sich der Idee der Föderativnation verbunden fühlte. Seine Prägung durch die Göttinger Historische Rechtsschule bestimmte fortan sein Verständnis von Recht und Gesetzmäßigkeit sowie seine Überzeugung von den Grenzen staatlicher Macht. Daraus folgten seine grundsätzliche Ablehnung aller revolutionären Forderungen und seine begrenzte Reformbereitschaft – eine Einstellung, die sich für Stüve in den 1830er-Jahren noch als politisch tragfähig erwies (hannoversche Ablösungsordnung und hannoversches Staatsgrundgesetz), die ihn aber nach 1848 als Innenminister des Königreichs Hannover in das Lager der Revolutionsgegner führte. Stüve stritt fortan für eine Reform des Bundes, in dessen staatlichen Rahmen er die Einheit Deutschlands weiterhin besser gewahrt sah als unter der Vorherrschaft Preußens. Seine Ablehnung der Reichseinigungsmaßnahmen zwischen 1866

und 1871 brachten ihm den Verruf der kleindeutsch-borussischen Geschichtsschreibung ein.

Die als hannoversche Bauernbefreiung bezeichnete Gesetzgebung – das Ablösungsgesetz von 1831 und die dazugehörige Ablösungsordnung von 1833 – haben seinerzeit Stüve weit über die Grenzen des Königreichs Hannover bekannt gemacht. KARL H. SCHNEIDER untersucht in seinem Beitrag Stüves Rolle innerhalb dieses Gesetzgebungsprozesses und zeigt, dass sich Stüve als Mitglied der hannoverschen Ständeversammlung zunächst mit einem eigenen, jedoch vergeblichen Antrag eingebracht hatte, den er dann publizistisch stärker vorantrieb. Schneider richtet sein Augenmerk vor allem auf Stüves 1830 veröffentlichte Hauptschrift zur Ablösungsfrage, die unter dem Titel »Ueber die Lasten des Grundeigenthums und Verminderung derselben in Rücksicht auf das Königreich Hannover« großes mediales Interesse hervorgerufen hatte. Mit inhaltlichen Vorschlägen für eine Ablösung der drückenden bäuerlichen Grundlasten hatte sich Stüve seit 1828 publizistisch beschäftigt. Als Verfechter freien bäuerlichen Eigentums plädierte er nicht für den preußischen Weg der Landabtretungen, sondern für Geldzahlungen seitens der Bauern an den Adel. Schneider kommt zu der These, dass Stüve, dem Revolutionsgegner aus Überzeugung, erst die revolutionären Unruhen von 1830/31 in Hannover und Braunschweig zum Durchbruch verhalfen und sich infolgedessen seine konkreten Vorschläge zur Ablösungsgesetzgebung realisieren ließen.

Die verfassungsrechtlichen Positionen und argumentativen Strategien, die zwischen dem zukünftigen hannoverschen König Ernst August und seinem engen politischen Vertrauten Georg von Schele ab 1835 im Geheimen vorbereitet wurden und zum geplanten Verfassungsbruch von 1837 führten, sind in der Vergangenheit aus historischer Sicht und in verschiedenen Zusammenhängen analysiert worden. Stüve hat in diesem Konflikt, anders als die bekannten Göttinger Sieben, seinen letztlich vergeblichen Widerstand auf den Rechtsweg verlagert, soweit die Gesetze des hannoverschen Staates und des Deutschen Bundes das zuließen. Mit dem Blick des Staatsrechtlers analysiert JÖRN IPSEN diese bedeutende Phase der Verfassungsentwicklung im Königreich Hannover, die er als »einen Rückfall in die Despotie« bezeichnet, in der Stüve allerdings das »historische Verdienst« zukam, »das Recht gegen die Macht« verteidigt zu haben.

NICOLAS RÜGGE widmet sich in seinem Beitrag Stüves Zeit als »Märzminister« und legt dabei den Fokus auf dessen innenpolitische Reformen. Als führender Oppositioneller von einem zunächst großen öffentlichen Vertrauen getragen und als Anti-Revolutionär mit einem ausgeprägten Rechtsverständnis ausgestattet, erschien Stüve dem hannoverschen König in besonderer

Weise geeignet, die Reformforderungen vom März 1848 in geregelte Bahnen zu lenken. Rügge stellt Stüves vergleichsweise lange und erfolgreiche Zeit als Minister dar, an deren Ende eine bemerkenswerte Reformbilanz stand, die die gesamte Verfassungsordnung des hannoverschen Staates berührte. Stüve, der die Durchsetzung allgemeiner Prinzipien von Freiheit und Gleichheit und die Verfassungsdiskussion im Paulskirchenparlament ablehnte, war überzeugt, mit der Konzentration auf eine praktische Wirksamkeit von Reformen den hannoverschen Staat zukunftsfähig zu machen. Letztlich könne, so seine Überzeugung, mit Reformbereitschaft im Inneren jeder Bundesstaat zur Stabilität im Deutschen Bund beitragen. Allerdings musste Stüve erleben, dass nach seinem Rücktritt Ende 1850 und dem Scheitern der revolutionären Bestrebungen auf Bundesebene auch sein hannoversches Reformwerk wieder zur Disposition stand. So lassen nach Rügges Resümee Stüves von der Historischen Rechtsschule geprägten Vorstellungen von Selbstregierung und Selbstverwaltung zwar innenpolitische Entwicklungsmöglichkeiten erkennen, die allerdings angesichts der allgemeinen politischen Forderungen und der öffentlichen Diskussion in Deutschland nach 1848 ihre deutlichen Grenzen offenbarten.

Stüves Reformbereitschaft in seiner zweiten Amtsperiode – zunächst als Bürgervorsteher, dann als Osnabrücker Bürgermeister von Anfang 1851 bis Ende 1864 – untersucht ROLF SPILKER. Maßgeblich ist für ihn die Frage, wie Stüve, der den gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen infolge der einsetzenden Industrialisierung grundsätzlich skeptisch gegenüberstand, den Erfordernissen seines Amtes gerecht wurde. Am Beispiel einiger wesentlicher städtischer Reformprojekte (Eisenbahnanschluss und Ausbau des städtischen Steinkohlenbergbaus samt Anwerbung der dazu benötigten Arbeitskräfte, Maßnahmen der städtischen Bauinfrastruktur) kann Spilker überzeugend darlegen, dass Stüve sich der Verantwortung als Bürgermeister keineswegs entzog, vielmehr mit Pragmatismus und einem realistischen Blick die in seiner Amtszeit notwendigen kommunalen Maßnahmen anging und zum Nutzen der Stadt umsetzte.

Dem historischen Denken Johann Carl Bertram Stüves und der Rekonstruktion seines historischen Bewusstseins aus geschichtsdidaktischer Sicht widmet sich DIETMAR VON REEKEN. Rekurrierend auf den vor etwa fünf Jahrzehnten erschienenen Aufsatz von Heinrich Schmidt, der erstmals Aspekte zu Stüve als Historiker vorstellte, gewinnt er diesem Thema eine neue Perspektive ab, die zum erweiterten Verständnis von Stüves Geschichtsversessenheit beiträgt. Nach von Reeken war dessen Geschichtsbewusstsein geprägt von einer tiefen emotionalen Bindung an seine Heimatregion, das im hannoverschen Staat integrierte Fürstentum Osnabrück. Auf diesen Raum konzen-

trierte Stüve seine historischen Forschungen. Trotz seiner politischen Aufgaben verstand sich Stüve als Historiker, der Geschichtsforschung professionell betreiben wollte. Dabei bot nach dessen Verständnis vor allem ein quellennahes Studium der Geschichte die Voraussetzung für eine möglichst dichte Annäherung an die historische Wirklichkeit, die auch Hilfestellung bei der Lösung politischer Probleme seiner Zeit bieten sollte. Zugleich betont von Reeken, dass sich die Funktion von Geschichte und die Bedeutungszuweisung von historischer Forschung in Stüves nahezu fünfzigjähriger Beschäftigung mit vornehmlich landesgeschichtlichen Themen vor dem Hintergrund seiner eigenen politischen Erfahrungen stark veränderten.

Der Beitrag von THOMAS VOGTHERR, gehalten als Abendvortrag im Friedenssaal des Osnabrücker Rathauses, ermöglicht die perspektivische Öffnung auf die preußische Zeit nach der Annektion des Königreichs Hannover im Jahr 1866. Vogtherr wählt für seinen Blick auf den gesellschaftlichen Wandel Osnabrücks zwischen 1850 und 1880 einen erweiterten biografischen Zugriff, indem er Stüves individuelle Handlungsspielräume als Bürgermeister mit denen seiner Amtsnachfolger Johann Werner Detering und Johannes Franz Miquel vergleicht. Trotz grundsätzlich verschiedener politischer Grundeinstellungen – Stüve als vorsichtig agierender Konservativer, Detering und Miquel als nationalliberale Vertreter – charakterisiert Vogtherr die drei Bürgermeister als pragmatische Vertreter einer deutschen Mittelstadt, deren kommunales Handeln zwar von ihren politischen Grundüberzeugungen geprägt war, ohne jedoch im modernen Verständnis parteipolitisch zu sein. Die von dem Verfasser konstatierte »Geringschätzung« des 19. Jahrhunderts innerhalb der gegenwärtigen Stadtgeschichtsforschung beruht, wie Vogtherr zeigt, auf einer erstaunlich langlebigen historiografischen Vorannahme.

Ein charakterlicher Grundzug von Stüve war zweifellos seine Skepsis gegenüber der Tätigkeit von Politikern – insbesondere dann, wenn diese einem anderen sozialen oder konfessionellen Milieu entstammten als er selbst. Eine durchaus spürbare und von ihm keineswegs verheimlichte Distanz wahrte er gegenüber Ludwig Windthorst. Die zwischen Stüve und Windthorst sichtbar werdenden Gegensätze und Gemeinsamkeiten innerhalb der politischen und konfessionellen Auseinandersetzungen der Zeit macht HANS-GEORG ASCHOFF zum Thema und analysiert damit einen bislang noch unberücksichtigten Aspekt der Stüve-Forschung. Stüves Verhältnis zu Windthorst war wesentlich durch seine Stellung zum Katholizismus und insbesondere durch die konfessionellen Verhältnisse seiner Heimatstadt Osnabrück bestimmt. Stüves religiöse Haltung bezeichnet Aschoff als eine »Mittelstellung zwischen lutherischer Orthodoxie und protestantischem Liberalismus«, die sich mit ausgeprägten Vorbehalten gegenüber dem Katholizismus verband,

dessen vermeintlichem Obskurantismus Stüve die Überlegenheit protestantischer Theologie gegenüberstellte. Stüves Bewertung der katholischen Kirche gründete sich auf der historischen Entwicklung in Osnabrück, wo die zum Teil seit der Reformation bestehende rigorose Abgrenzung zwischen den Konfessionen seit den 1830er-Jahren innerhalb der städtischen Gesellschaft und in den kommunalen Einrichtungen ihren Höhepunkt erreicht hatte. Diese in Stüves Amtszeit als Bürgermeister und Minister durch ultramontane Bestrebungen auf katholischer Seite noch verschärften Gegensätze verstärkten dessen Distanz gegenüber der katholischen Kirche und ließen ihn sogar zum Verteidiger staatlicher Kirchenhoheit im Sinne einer stärkeren Kontrolle der Kirchen und einer Einschränkung des kirchlichen Freiheitsraumes werden. Vor diesem Hintergrund beurteilte Stüve den Katholiken Windthorst, den er für einen Vertreter des von ihm geächteten modernen Ultramontanismus hielt, von einem prononciert konfessionellen Standpunkt aus, der von Ressentiments und Misstrauen geprägt war.

Johann Carl Bertram Stüve als »Vereinspolitiker« darzustellen, erscheint angesichts der ebenfalls sehr beharrlichen Einschätzung einiger seiner Zeitgenossen, die ihn als wenig umgänglichen Menschen schildern, zunächst ein Widerspruch in sich zu sein. THORSTEN HEESE kann in seinem Beitrag diesen vermeintlichen Gegensatz auflösen und Stüve als »politisch orientierten Vereinsmenschen« darstellen, der trotz seiner selbst eingestandenen Ungeselligkeit bereits sehr früh die Institution des Vereins als ideales Medium ansah, mit dem er Einfluss auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen nehmen konnte. Dabei setzte Stüve vor allem auf das Potenzial, das sich aus den neuen bürgerlichen Vereinen ergab. Deren Gründung initiierte er entweder selbst oder nutzte bestehende Einrichtungen, um seine Vorstellungen sozialer und gesellschaftlicher Zielrichtungen umzusetzen. Für Stüve, der in zahlreichen, ganz unterschiedlichen Vereinen in der Osnabrücker Region, aber auch in Hannover aktiv war, ging es dabei weniger um persönlichen Einfluss als vielmehr um Inhalte, die sich stets auf die Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse beziehen sollten. Vereinstätigkeit, so lässt sich schlussfolgern, war für Stüve essenzieller Teil seiner bürgerlichen »vita activa«.

Einen archivgeschichtlichen Beitrag zur Stüve-Forschung bringt NINA REISSIG. Als der junge Stüve 1820 sein Studium in Göttingen abgeschlossen hatte und auf Wunsch der Familie nach Osnabrück zurückgekehrt war, widmete er sich neben seiner Advokatur zunächst Ordnungsarbeiten im städtischen Archiv, die der Rat der Stadt ihm übertragen hatte. Bereits während seines Studiums war Stüve für den inhaltlichen und materiellen Wert historischer Quellen sensibilisiert worden, sodass er bei den Ordnungsmaßnahmen, die er in allen städtischen Altregistraturen vornahm, archivtechnische

Maßstäbe setzte, die für die Zeit vorausschauend und vorbildlich waren. Stüve war die dauerhafte Bewahrung historischer Überlieferung, die ihm zugleich Anregungen für seine eigenen Studien lieferte, ein besonderes Anliegen. Nicht zuletzt beruht die heutige Systematik der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bestände des Stadtarchivs Osnabrück nach wie vor auf der von Stüve eingeführten Ordnung.

Gelehrtenbibliothek und politisch-historischer Handapparat – unter diesen Aspekten stellt THOMAS BRAKMANN die rund 4.200 Werke umfassende Büchersammlung von Stüve vor, die im Gegensatz zu anderen Privatbibliotheken Osnabrücker Persönlichkeiten, wie die von Justus Möser oder Justus Friedrich August Lodtmann, weitgehend erhalten blieb. Seit 1879 befindet sich Stüves Bibliothek im Staatsarchiv Osnabrück bzw. in der heutigen Abteilung des Niedersächsischen Landesarchivs. Brakmann rekonstruiert in seinem Beitrag die Geschichte dieser Büchersammlung. Anhand von Besitzvermerken, Widmungen und anderen Vermerken oder Dokumenten in den Büchern sowie anhand der reichhaltigen Korrespondenzüberlieferung werden Indizien zur Entstehung der Sammlung, ihr Aufbau über einen Zeitraum von rund 150 Jahren und ihre Nutzung durch Johann Carl Bertram Stüve zusammengetragen. Auf diese Weise entsteht das Bild einer Büchersammlung, die zu einer bislang unbeachteten historischen Quelle für die Stüve-Forschung wird, eröffnet sie doch Einblicke in die geistige Welt, die vielfältigen Interessen und den weiten Horizont ihres Besitzers, der seine Bibliothek als Handapparat für die Erfüllung seiner Aufgaben als Jurist und Anwalt, als Politiker und Bürgermeister nutzte und die ihm Werkstatt für seine wissenschaftlichen Arbeiten als Historiker und als Publizist war.

Mit ihrem biografischen Beitrag widmet sich GABRIELE VOSSGRÖNE der persönlichen Beziehung zwischen Johann Carl Bertram Stüve und Allwina Frommann, der Schwester seines Freundes Friedrich Johannes Frommann aus Jena, der er 1833 einen Heiratsantrag machte. Vor dem Hintergrund seiner politischen Erfolge in Hannover fühlte sich Stüve auf dem Höhepunkt seiner beruflichen Karriere und sah dementsprechend den Zeitpunkt gekommen, an eine Ehe und Familiengründung zu denken, die vermutlich auch von seiner Familie erwartet wurde. Die Gründe für Stüves erfolglose Werbung lassen sich, wie Voßgröne zeigt, aus den herangezogenen Quellen nicht vollständig darlegen. Die Gesamtumstände zeigen jedoch eine selbstbewusste Frau, die trotz eigener ungesicherter Zukunft die materielle Sicherheit einer bürgerlichen Lebensführung an der Seite eines politisch erfolgreichen und öffentlich anerkannten Mannes ablehnte.

Der abschließende Beitrag von BETTY BRUX-PINKWART und CHRISTINE VAN DEN HEUVEL konzentriert sich auf eine erste Analyse der zwischen Stüve

und Frommann gewechselten Freundschaftsbriefe. Von der umfangreichen Korrespondenz sind allein die von Stüve verfassten Briefe erhalten, während die nach heutigem Kenntnisstand etwa 1.180 Briefe von Frommann an Stüve zu den Kriegsverlusten des Zweiten Weltkriegs zählen. Hinsichtlich ihrer inhaltlichen und thematischen Vielfalt, der Differenziertheit der Gedanken, der Intensität der Selbstreflexion und der Fähigkeit zur Selbstkritik können die Stüve-Briefe als außergewöhnliche Zeugnisse einer bürgerlichen Lebensführung im 19. Jahrhundert angesehen werden. Zu bestimmten Bereichen des Lebens von Stüve, insbesondere zu seinen politischen Ansichten, gehören die vorliegenden Teileditionen seiner Briefe bereits seit Langem zum Kernbestand der Stüve-Forschung, in ihrer gesamten erhaltenen Breite sind die Briefe bislang noch nicht erforscht. Der Beitrag verweist auf das bislang unausgeschöpfte Interpretationspotenzial der Stüve-Briefe, die nicht nur eine Annäherung an seinen Charakter, seine psychische Konstitution und Seelenlage erlauben, sondern darüber hinaus einen unerwartet tiefen Einblick in die geistige Verfassung eines herausragenden Vertreters des Bürgertums des 19. Jahrhunderts ermöglichen.

Die lebhafte Diskussion zum Abschluss der Tagung hatte bereits vorweggenommen, was sich in der Zusammenschau aller in diesem Band veröffentlichten Beiträge nochmals verdeutlicht: Bei Weitem nicht alle Aspekte zu Stüves Leben und Werk, zu denen ebenfalls eine reichhaltige Quellenlage vorhanden ist, ließen sich in der wünschenswerten Breite thematisieren. So konnte Stüves jahrzehntelange rege Tätigkeit als politischer Publizist ebenso wenig berücksichtigt werden wie seine keineswegs eindeutig zu interpretierende Haltung zur gesellschaftlichen Stellung der Juden in seiner Zeit. Vorerst muss es in diesem Punkt bei der Feststellung bleiben, dass Stüves teils zweideutige Äußerungen in einem offensichtlichen Kontrast standen zu seiner langjährigen, engen Freundschaft, die ihn mit Johann Hermann Detmold verband, einem zum Protestantismus konvertierten Juden. Unberücksichtigt bleiben musste ebenso eine Analyse von Stüves gesellschaftlicher und politischer Verortung und seine Selbstwahrnehmung als Bürger, der sich in steter Abgrenzung zum Adel und zur wachsenden Arbeiterschaft sah. Auch Stüves Kultur- und Zivilisationskritik blieb bislang völlig unberücksichtigt; sein historisches Gesamtwerk bedarf gleichfalls noch einer historiografischen Gesamteinordnung. Damit sind nur einige Forschungsdefizite benannt.

Das Herausgeberteam ist allen Autorinnen und Autoren, die sehr verlässlich ihre Beiträge zum Druck bearbeitet haben, zu großem Dank verpflichtet. In besonderer Weise unterstützte Frau Dr. Sabine Graf, Präsidentin des Niedersächsischen Landesarchivs, das gesamte Vorhaben, indem sie die Tagung mit großem Engagement förderte und sogleich die Übernahme dieses Tagungs-

bandes in die Veröffentlichungsreihe des Niedersächsischen Landesarchivs zusagte. Eine weitere große Unterstützung fand das Projekt – sowohl bei der Erschließung des Stüve-Nachlasses als auch bei der Finanzierung der Tagung – durch die VGH-Stiftung, der unser herzlicher Dank gilt. Dankbar sind wir auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Wallstein Verlag, Göttingen. Hier trug Frau Brodehl mit Umsicht und Kompetenz zum reibungslosen Gelingen der Veröffentlichung bei.

Osnabrück, im Februar 2024

Christine van den Heuvel, Thomas Brakmann, Nina Reißig